Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 52 (1958)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : "Der Schatten Stalins" ; Ursachen... ; ...und Wirkungen ; Zwischen Beirut und Paris ; Und Amerika? ; Freiheitsoffensive? ; Demokratie als Fassade ; Schluss mit dem Kalten Krieg!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140285

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erklärung über gewisse juristische Fragen der Nuklearwaffenversuche in ein das Internationale Recht kodifizierendes Dokument nicht allein die Autorität der UNO erhöht hätte. Es hätte auch der Sehnsucht nach Sicherheit der vielen Millionen Menschen entsprochen, die die Warnungen Tausender von Wissenschaftern aus vielen Ländern hören und lesen und ihnen Glauben schenken. Schließlich ist das Internationale Recht die einzige Verteidigung und der einzige Schutz der Völker — das Instrument, das an Stelle des Krieges treten muß.

WELTRUNDSCHAU

„Der Schatten Stalins" Nur mit Unbehagen denke ich daran, was alles in der Welt draußen geschehen sein kann, wenn nach der zweimonatigen Sommerpause im September meine nächste Rundschau fällig sein wird. Der geistige und sittliche Zustand der «Kulturmenschheit» und der leibliche wie wirtschaftliche und soziale Zustand der unterentwickelten Mehrheit der Erdbevölkerung ist ja derart, daß man eigentlich auf alles gefaßt sein muß, auch das Schlimmste. Wie unheimlich lebendig werden einem da die Zustandsschilderungen und Zukunftsgesichte der altisraelitischen Propheten! Die Geschichte wiederholt sich eben doch — als Ablauf ewiger sittlicher Gesetze gesehen.

Die letzten Wochen standen, was das Verhältnis der kommunistischen zur nichtkommunistischen Welt — diese Kern- und Schicksalsfrage unserer Zeit — betrifft, im Schatten eines plötzlich wiederaufgetauchten, drohend herumgeisternden Stalin. Die Sprache der sowjetischen Diplomatie und Presse ist wieder ungewohnt rauh und schroff geworden. In Moskau ist es zu «spontanen» Pöbeleien gegen ausländische Botschaften gekommen. Die vereinbarte Genfer Konferenz über die technische Kontrolle von Atombombenexplosionen drohte von Moskau im letzten Augenblick abgeblasen zu werden, während das Interesse der Sowjetregierung an einer west-östlichen Gipfelkonferenz ganz zu erlöschen schien. Gleichzeitig wurde der Bruch mit Titos Jugoslawien kunstgerecht vollendet — und dann kam, offensichtlich von Moskau aus gefordert, die Hinrichtung Nagys, Maleters und ihrer beiden Kollegen, von denen wir noch in der letzten Weltrundschau kurz reden konnten, reden mußten, und denen sich nun — die Kunde kommt gerade, da ich diese Rundschau abschließe — neue aufwühlende Todesurteile anschließen. Im ganzen Sowjetblock wuchs und wächst weiter die Furcht vor einer neuen Säuberungswelle, die dem seit dem 20. Kongreß der KPSU aufgeschossenen Liberalismus und Revisionismus ein Ende machen würde — vielleicht nicht so brutal und radikal wie die «Liquidationen» unter Stalin es getan hatten, aber doch nicht viel weniger umfassend und wirksam.

Natürlich stürzte sich der westliche Antikommunismus sofort heißhungrig auf die Budapester Todesurteile und konnte sich an Freiheitsbegeisterung wieder einmal kaum genug tun. Daß in Algerien sozusagen täglich Todesurteile — oft eigentliche Justizmorde — an Aufständischen vollstreckt werden, die im Sinne der herrschenden Ordnung nicht schuldiger waren als Imre Nagy und seine Leidensbrüder; daß seit bald vier Jahren das ganze, um seine Freiheit mit unerhörter Zähigkeit und Opferwilligkeit kämpfende algerische Volk von den französischen Kulturbringern und ihren gemieteten Fremdenlegionären regelrecht hingemordet wird («in der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli wurden 547 Rebellen getötet», verzeichnet die französische Statistik mit nüchterner Gewissenhaftigkeit . . .) — das stört unsere Freiheits- und Menschlichkeitsenthusiasten viel, viel weniger. Darüber entrüstet sich kein Papst und kein Staatsmann; dagegen protestiert bei uns kein Petitpierre und kein Bratschi; da gibt es keine Volkskundgebungen und keine Schweigeminuten — es sind ja nur Afrikaner, die sich gegen eines der vornehmsten Mitglieder des Bundes freier Nationen aufzulehnen erkühnt haben, nicht edle Ungarn, die das kommunistische Joch abzuschütteln unternommen haben. Nicht viel mehr empörte Anteilnahme finden in der «freien Welt» die übrigen Verbrechen und Missetaten, die von den Herrschenden und Mächtigen an Angehörigen einer linksstehenden Widerstandsbewegung verübt werden; ich habe — um nur ein Beispiel zu nennen — gerade letzthin wieder zuverlässige Kunde über die entsetzliche Lage der Insassen griechischer Straflager und Gefängnisse bekommen, die jetzt das Internationale Rote Kreuz zu einer neuen Hilfsaktion veranlaßt hat. Und wie viele von den großen Idealisten, die für Ungarn glühen, legen in den Kampf gegen den Atomtod der Menschheit eine ähnliche Leidenschaft, wie sie diese gegen die Hinrichtung der Budapester Revolutionsführer bekunden? Es kann einem übel werden, wenn man an den herausfordernd einseitigen Ausschlag eines Weltgewissens denkt, das sich nur dann regt, wenn es gilt, gegen die kommunistische Gefahr Sturm zu läuten.

Um so ermutigender ist es, zu sehen, wie unmittelbar auch viele Kommunisten von Schmerz und Scham über die Budapester Todesurteile erfaßt worden sind. Tiefen Eindruck hat mir besonders gemacht, was Henri Lefebre, wohl der bedeutendste unter den zeitgenössischen marxistischen Denkern, an einer Pariser Versammlung gesagt hat: «In dreissig Jahren marxistischer Forschung und kämpferischer Tätigkeit», so bekannte er, «habe ich beobachten können, wie sich im Schoße der sozialistischen Revolution dieser Krebs, der Zynismus und die Unsittlichkeit in der Politik, entwickelt hat . . . Sie (die Revolution) hat gegen ihr eigenes Wesen die Methoden des Gegners angewandt, die Methoden der Alten Welt, die zügellose und lügnerische Propaganda, die Staatsraison und das politische Verbrechen . . . Diese Hinrichtung, die unter Bruch des gegebenen Wortes erfolgt ist, bedeutet . . .: Leben und Tod sind nur noch Zeichen, wie ein Buch-

stabe auf einer schwarzen Tafel, den man unterstreicht, den man auslöscht. Gegen die Herabwürdigung des Menschen zu einem Zeichen müssen wir im Namen der Menschenrechte protestieren, der Rechte des wirklichen, lebendigen Menschen, der mit einem mächtigen und gebrechlichen Band am Leben hängt. Dieses Band dürfen wir nicht schwach werden lassen.»

Nein, der Budapester Prozeß hätte niemals stattfinden dürfen, um so weniger als die nun an den Galgen Gehängten oder Erschossenen, was man ihnen auch vorwerfen mag, viel geringere Schuld auf sich geladen haben als die Rakosi und Farkas, die Gabor, Hegedues, Gerö und all die anderen Stalinisten, die die Schreckensherrschaft der Nachkriegsjahre ausgeübt haben und die wahren Urheber des Aufstandes vom Oktober 1956 sind. Sie laufen noch heute frei und ungeschoren herum.

Ursachen ... Man hat über die Ursachen, die zu der neuen Versteifung der Sowjetpolitik geführt haben, zahlreiche Vermutungen angestellt, ohne jedoch zu einer allgemein befriedigenden Erklärung zu kommen. Wahrscheinlich haben ja auch recht verschiedene Kräfte und Gründe mitgewirkt, um den sogenannten Rückfall in den Stalinismus möglich zu machen. Mir scheint diejenige Deutung am einleuchtendsten, die von der außenpolitischen Lage der Sowjetunion und — das ist wichtig — der Chinesischen Republik ausgeht. Denn China spielt ja in der Formung der Sowjetpolitik offenkundig eine immer größere Rolle. Und China wird durch die beharrliche Feindschaft, auf die es bei den Westmächten und ihren asiatisch-australischen Verbündeten stößt, immer mehr auf sich selbst zurückgeworfen und an die Seite der Sowjetunion gedrängt. Die sture Weigerung der Vereinigten Staaten, die Chinesische Volksrepublik politisch-diplomatisch anzuerkennen, und die Handelssperre, die unter amerikanischem Druck die meisten Mitgliedstaaten des antikommunistischen Weltbundes über China verhängt haben, sind dafür in besonderem Maße verantwortlich. So hat sich China eben entschlossen, seine Industrialisierung und wirtschaftlich-kulturelle Modernisierung durch verschärfte Zentralisation der Staatsmacht und Abkehr von allen liberalen «Experimenten» durchzuführen, ähnlich wie das die Sowjetunion unter dem Zwang ihrer Isolierung und Boykottierung durch die Westmächte seit den zwanziger Jahren auch getan hat. Gleichzeitig beansprucht China vermehrte Wirtschafts- und Finanzhilfe von der Sowjetunion, von der es erwartet, daß sie ihre Mittel und Kräfte nicht an so zweifelhafte Bundesgenossen wie Jugoslawien verschwende, sondern ihre ganze Aufmerksamkeit der inneren und äußeren Festigung des Ostblocks zuwende, unter rücksichtsloser Unterdrückung aller Sonderbündelei und Aufweichungslust.

Bei der Sowjetregierung trifft China dabei gegenwärtig auf weitreichendes Verständnis. Moskau ist von dem Mißerfolg und der gewollten Mißdeutung seiner Entspannungspolitik gegenüber dem We-

sten tief enttäuscht. Besonders verbittert ist es über die planmäßige Sabotierung seiner Abrüstungsbemühungen durch Washington und London. Gerade letzthin ist aus der Feder Philip Noël-Bakers, eines der ersten Sachverständigen der Labourpartei für Abrüstungsfragen, ein Buch, «Das Wettrüsten», erschienen, das die Verantwortung der Westmächte für die Nichtabrüstung unzweideutig klarstellt. Noël-Baker weist, wie einer Besprechung seines Buches im «New Statesman» (21. Juni) zu entnehmen ist, scharf die westmächtliche Ausrede zurück, Abrüstung sei erst möglich, wenn zuvor eine allgemeine politische Verständigung zwischen Ost und West erzielt sei. «Im Gegenteil», so heißt es in dem Artikel: «das Wettrüsten ist selbst die Hauptursache seiner Fortdauer; es ist in der Vergangenheit selbst die Hauptursache von Kriegen gewesen, und jede Abrüstungsmaßnahme, die vereinbart werden kann, verlangsamt nicht allein das Wettrüsten, sondern trägt auch positiv zur Beilegung bestimmter Streitfälle bei. Wenn zum Beispiel morgen die Vereinigten Staaten und Rußland eine Reihe von Abstrichen an ihren Streitkräften begönnen, so würde das unvermeidlicherweise zu einer europäischen Verständigung beitragen, weil die in Rede stehenden Truppen eher aus Europa als aus anderen Ländern zurückgezogen würden und schon die ersten Maßnahmen zur Abrüstung konventioneller Waffen international kontrolliert werden müßten.»

Noël-Baker geht aber noch weiter: «Er erklärt auch die Ursachen des Fehlschlages der Abrüstungsverhandlungen seit 1946 und gibt völlig überzeugend für die Jahre seit 1954 die Hauptschuld daran den Westmächten. In den Jahren 1955 wie 1956 nahm die Sowjetunion die westlichen Vorschläge an, nur um dann feststellen zu müssen, daß die Westmächte ihren Sinn geändert hatten. Im Jahr 1957 hätte fast sicher ein Abkommen getroffen werden können, wenn sich der Westen nicht andauernd einem Verbot der Atombombenversuche außerhalb einer allgemeinen Abrüstung widersetzt hätte und wenn er bereit gewesen wäre, die Fragen anzugeben, über die eine Verständigung erzielt werden müsse, bevor man zu weiteren Schritten in der Abrüstung konventioneller Waffen übergehen könne. Das Versagen der westlichen Regierungen wurde in all diesen Jahren der öffentlichen Meinung durch einen Nebel von Plattheiten und salbungsvollen Behauptungen verheimlicht.»

Das ist ein scharfes, aber nur zu richtiges Urteil. Kann man sich da noch wundern, daß sich die Russen planmäßig betrogen fühlten und dem Westen einfach nichts mehr glaubten? Und als die Westmächte sich weigerten, dem sowjetischen Beispiel der Einstellung aller Atomexplosionsversuche zu folgen, und gleichzeitig dem Vorschlag einer Gipfelkonferenz zur Anbahnung der von ihnen doch immer in den Vordergrund geschobenen West-Ost-Entspannung alle nur möglichen Schwierigkeiten machten — ist es da wirklich so sehr überraschend, daß sich die Russen schließlich in sich selber zurückrollten und im Sinne Chinas die Zügel im eigenen Machtbereich schärfer anzogen, Jugoslawien abstießen und mit dem «Strafgericht» von Budapest auch den

Polen, Bulgaren, Ostdeutschen usw. eine heilsame Lektion geben wollten?

... und Wirkungen Wohlverstanden: die sowjetische Reaktion auf die negative Haltung des Westens ist damit nicht gerechtfertigt; aber im Westen hat man wirklich keinerlei Recht, die Antwort Moskaus auf die eigenen Fehler lärmend zu beklagen und zu verurteilen. Ein Recht zur Klage hat nur, wer auch die Sünden der westlichen Welt sieht und bloßstellt. Ihm ist es freilich klar, wie falsch und vielleicht verhängnisvoll die jüngste Wendung der Sowjetpolitik auch vom bloßen Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus ist, besonders die von ihr veranlaßte Abschreckungs- und Vergeltungsjustiz in Ungarn. Gewiß, die Gefolgsleute Moskaus haben sich zunächst einschüchtern und warnen lassen; Gomulka, der fähige Führer Polens, ist, trotz allem Widerstreben, wieder auf die Linie Chruschtschews eingeschwenkt, die «Harten» in Ostdeutschland fühlen sich noch sicherer als bisher vor Umsturzgelüsten ihrer treuen Untertanen, und wo immer in den anderen Volksrepubliken, bis nach China hin, liberalistische Neigungen wach geworden sind, da dürfen sie sich nun erst recht nicht mehr ans Tageslicht wagen. Aber gleichzeitig hat der Antikommunismus und die Gegenrevolution im ganzen Westen neuerdings mächtigen Auftrieb bekommen. Das kann auch den Beherrschern des Kreml nicht gleichgültig sein; das «Oderint dum metuant» («Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten») des altrömischen Despoten ist jedenfalls für die Behandlung der Westvölker durch Chruschtschew kein wirksames Rezept — im Gegenteil. Die Überzeugung: «Mit den Sowjets ist einfach kein auf Vertrauen begründetes Zusammenleben möglich», hat sich auch in liberalen, sozialistischen und sehr friedenswilligen Kreisen vieler Köpfe bemächtigt, und von hier bis zur Billigung des gewaltmäßigen Kampfes gegen die Sowjetunion ist nur mehr ein Schritt.

Die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung hat auf jeden Fall durch den «Neustalinismus» einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Man sieht das ganz deutlich an Westdeutschland, wo die Partei Adenauers bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen einen unerwartet großen Sieg errungen hat, so daß ein sonst mit Bonn gar nicht gleichgeschaltetes Blatt wie die Hamburger «Welt» schreiben konnte: «Die Nation hat gestern (am Wahltag) durch einen repräsentativen Teil erklärt, daß sie der atomaren Bewaffnung nicht länger widersteht.» Man sieht es aber auch an der Schweiz, wo die Budapester Hinrichtungen sofort zu gehässiger Verfemung der Gegner einer atomaren Bewaffnung der Armee und zur Forderung verstärkter Aufrüstung ausgenützt wurden. Bereits erörtert man die Möglichkeit, die beabsichtigte Volksinitiative für ein Verbot der Anschaffung atomarer Waffen als verfassungswidrig von vornherein zu untersagen, wie es ähnlich in Westdeutschland mit den Volksbefragungen über die Atomrüstung bereits geschehen ist. Und daß das bundesrätliche Verbot des Euro-

päischen Kongresses gegen die atomare Bewaffnung — diese internationale Blamage der Schweiz — ohne den Rückhalt, den unser bornierter Provinzlergeist an dem neugestärkten Antikommunismus hat, nicht erlassen worden wäre, das wird gleichfalls nicht bezweifelt werden können. Aber so ist es eben: im Namen der Freiheit, die man gegen den Kommunismus verteidigen zu wollen vorgibt, erdrosselt man die Freiheit mehr und mehr und ruft zu ihrem Schutz gar noch Atombomben herbei . . .*

Es wird zumindest schwerer sein als bisher, den Völkern des Westens klarzumachen, daß wir trotz allem eben doch mit der kommunistischen Welt im Frieden zusammenleben müssen, wenn wir nicht selber untergehen wollen. Und die Gefahr ist groß, daß die verschärfte Feindseligkeit der sich frei nennenden Nationen gegen die kommunistischen Länder deren Regierungen nur noch mehr in ihrer Verbitterung und ihrem Willen zum Rückzug auf sich selber bestärkt, daß sich also das Wechselspiel von Gewalt und Gegengewalt, von Haß und Widerhaß fortsetzt, das schon soviel Unheil angerichtet hat. Vielleicht ist die doch noch erfolgte Beschickung der Atomphysikerkonferenz in Genf durch die Russen, ist Chruschtschews neuer Vorschlag einer Konferenz zum Studium der Verhinderung eines plötzlichen Angriffskrieges und das wiederaufgelebte Interesse Moskaus für eine Gipfelkonferenz — vielleicht sind all diese Regungen doch Zeichen dafür, daß man in Moskau aus dem tödlichen Fehlerkreis herauskommen und ein Vertrauen zurückgewinnen will, das man so mutwillig verschleudert hat?

Zwischen Beirut und Paris Zum Glück hat sich, dank einer gewissen Beruhigung im Libanon, die internationale Lage im übrigen einigermaßen entspannt. Eine Zeitlang roch es ja im Orient bedenklich nach Pulver. Die Engländer hatten auf Cypern bereits eine Armee von 30 000 Mann versammelt, während die Amerikaner eine Kriegsflotte vor der asiatischen Küste kreuzen ließen, beide entschlossen, im Libanon einzugreifen, sobald die von der rebellischen Opposition hart bedrängte Regierung des Präsidenten Chamoun das verlangen sollte. Dabei war und ist die Unabhängigkeit des kleinen Landes von der Arabischen Bundesrepublik her keineswegs bedroht, die Voraussetzung für auswärtige Waffenhilfe also nicht erfüllt, wie dies nach der Eisenhowerdoktrin we-

* Inzwischen hat der Bundesrat, dem es jetzt auf einmal außerordentlich pressiert, seinen grundsätzlichen Beschluß vom 11. Juli veröffentlicht, wonach auch die Schweizer Armee mit Atomwaffen ausgerüstet werden müsse; die Armeeleitung sei bereits beauftragt worden, darüber Bericht und Antrag einzureichen. Der dahinterstehende Plan ist klar: Die Bundesversammlung soll in beschleunigtem Verfahren veranlaßt werden, der Anschaffung von Kernwaffen zuzustimmen, bevor die geplante Volksinitiative durchgeführt oder gar der Abstimmung von Volk und Ständen unterbreitet werden könne. So soll das Volk um sein Selbstbestimmungsrecht betrogen werden! Die Demokratie wird auch bei uns immer offenkundiger und frecher zur Lüge gestempelt.

nigstens für eine Einmischung der Vereinigten Staaten nötig wäre. Der Aufruhr im Libanon hat vielmehr ganz wesentlich innerpolitische Ursachen: die Korruption und Unfähigkeit des dem Westblock hörigen Regiments Chamoun, die alte Rivalität zwischen Christen und Mohammedanern, die Notlage großer, besonders islamitischer Volksteile und besonders das auch hier mit Macht zum Ausdruck kommende Verlangen nach Unabhängigkeit vom Westen. Sicher wird dieses Verlangen von Damaskus und Kairo aus in allerlei Formen unterstützt, auch durch Waffenlieferung an die Aufständischen; aber diese Unterstützung spielt bei weitem nicht die entscheidende Rolle, die ihr von den Westmächten zugeschrieben wird, und wird nur deshalb von Washington und London so aufgebauscht, weil damit der bequemste Vorwand für die gewaltsam-militärische Behauptung der Machtstellung des Westens im Libanon geschaffen werden könnte, der sich auch hier, wie im ganzen Orient, auf die reaktionärsten Klassen und Parteien gründet. Inzwischen hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, und die von der UNO nach dem Libanon entsandte Beobachtergruppe zum großen Ärger der Westmächte festgestellt, daß von einer irgendwie bemerkbaren militärischen Unterstützung der Aufständischen durch Syrien und Ägypten keine Rede sein könne, und gleichzeitig scheint sich eine friedliche Lösung der Staatskrise anzubahnen, die mit dem endgültigen Rücktritt Chamouns und baldigen Neuwahlen zum Parlament der Opposition Genugtuung gäbe, so daß die Gründe — oder Vorwände — für ein militärisches Eingreifen von außen her vollends wegfallen. Man muß nur hoffen, daß im vorderasiatischen Wetterwinkel nicht neue Spannungen auftreten, die den Westen doch noch zu einem «zweiten Suezabenteuer» verleiten könnten!*

Dauerhaften Frieden wird es eben in der arabisch-mohammedanischen Welt erst geben, wenn die ihr angehörigen Völker ihre volle na-

---

* Unsere Hoffnung ist jäh zuschanden geworden. Die Militärrevolution im Irak, die das Regime des feudal-reaktionären Nuri es Said, eines ausgesprochenen Satelliten Englands und Amerikas, stürzte, hat die Vereinigten Staaten nun doch zu dem Abenteuer eines bewaffneten Eingreifens im Libanon veranlaßt, und Großbritannien hat seinerseits Truppen nach Jordanien entsandt, um dessen nur noch von den Westmächten gehaltene Regierung neuerdings gewaltsam zu stützen. Alles mit der Begründung, die beiden Länder müßten gegen die «indirekte Aggression» der Vereinigten Arabischen Republik verteidigt und ihre nationale Unabhängigkeit dadurch sichergestellt werden! In Wahrheit sind es Amerika und England, die sowohl den Libanon als Jordanien weiterhin in Abhängigkeit von ihrem Militärsystem und Wirtschaftsregime halten und sie an der Gewinnung ihrer nationalen Unabhängigkeit wie an ihrer sozialen und kulturellen Erneuerung verhindern wollen. Es ist klar, daß der auf solche Lügen aufgebaute Versuch, die Machtstellung des westlichen Imperialismus in Vorderasien doch noch vor dem Ansturm der elementaren Bewegung des allarabischen Nationalismus zu retten, über kurz oder lang scheitern muß. Wenn sich daran nur nicht der offene Konflikt der Westmächte mit der Sowjetunion entzündet, die — nur ein paar hundert Kilometer vom Irak entfernt — dem kriegerischen Eingreifen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in den Unabhängigkeitskampf der arabischen Länder kaum untätig zuschauen wird!

tionale und soziale Befreiung gewonnen haben werden. Das werden namentlich auch die Franzosen in ihrem Verhältnis zu Nordafrika erfahren. De Gaulle hat zwar durch wirkliche Zugeständnisse an Tunesien (Zurückberufung des Großteils der französischen Besetzungstruppen und anderes) den drohenden unwiderruflichen Bruch zu verhindern gesucht und bemüht sich in ähnlicher Weise auch um die Beschwichtigung Marokkos. Aber die in Tunis abgehaltene Konferenz der nationalistischen Bewegungen von Tunesien, Marokko und Algerien hat es unmißverständlich klar gemacht, daß eine irgendwie freundschaftliche Verbindung der drei Länder mit Frankreich nicht in Frage komme, solange nicht die volle Unabhängigkeit Algeriens gesichert sei. Und davon scheint de Gaulle eben, bei allem Wunsch nach einer versöhnlichen Lösung des Algerienproblems und trotz seinem jüngsten Versprechen, wirtschaftliche Reformen in Algerien durchzuführen und der Unwissenheit des mohammedanischen Volksteiles entschlossen zu Leibe zu gehen, doch nichts wissen zu wollen. Mit gutem Grund; ist doch die große Frage für ihn jetzt, ob und wieweit er überhaupt noch Politik machen kann, ohne die faschistischen Militärführer und die algerischen Kolonialisten zum Endschlag herauszufordern.

Was diese beiden Gruppen (die unter sich allerdings keineswegs einig sind) im Schild führen, das wird nun durch allerlei Enthüllungen in Presse und Versammlungen immer klarer.* Danach hatte eine zentrale Gruppe von sechs oder sieben Obersten des Kolonialdienstes schon seit Monaten eine regelrechte Meuterei vorbereitet und ihr Netz nicht nur über Algerien ausgeworfen, sondern auch auf Frankreich selbst ausgedehnt. Der Plan war, die Vierte Republik mit Waffengewalt zu stürzen und de Gaulle als Militärdiktator ans Ruder zu bringen. 13 000 Fallschirmer standen nach dem Putsch in Algerien und dem gelungenen Handstreich von Korsika schon bereit, um in Südfrankreich gelandet zu werden und auf Paris zu marschieren, das man ziemlich mühelos — mit 300 Toten werde alles gemacht sein — zu erobern hoffte. Daß sich de Gaulle, unter scheinbarer Wahrung verfassungsmäßiger Formen, nicht von den Obersten und Generälen zur Macht erheben ließ, sondern vom Parlament, machte zwar einen Strich durch diese Rechnung; die Verschwörer verlegten sich aber nun um so mehr auf die «kalte» Eroberung der Macht, auf die zielbewußte Durchdringung des ganzen Staatsapparates mit ihren Vertrauensleuten, die denn auch heute nicht nur die Armee und die Polizei in Händen haben, sondern auch den Nachrichtendienst und ganze Verwaltungszweige des Mutterlandes. In Algerien herrschen sie ohnehin unumschränkt und kümmern sich um Befehle de Gaulles und seiner Minister

* Besonders aufschlußreich sind die Veröffentlichungen im «France-Observateur», ein auf bisher geheimgehaltenes Quellenmaterial gestützter Bericht von Paul Johnson im «New Statesman» und die Mitteilungen von Jules Moch, dem Innenminister der Eintagsregierung Pflimlin, an einem sozialdemokratischen «Informationskongreß».

überhaupt nicht mehr. De Gaulle scheint es jedoch nicht auf einen offenen Kampf mit den Rebellen ankommen lassen zu wollen; er hält sie hin, gibt nach, wo er nicht mehr anders kann, macht ihnen auch öffentliche Zugeständnisse — wie die Ernennung Soustelles zum Propagandaminister — und hofft, inzwischen mit Hilfe einer ihm ja schon heute sicheren Volksmehrheit beim kommenden Verfassungsreferendum seine Stellung derart unangreifbar machen zu können, daß Frankreich wenigstens eine eigentlich faschistische Gewaltrevolution erspart bleibe.

Wird aber Frankreich um den «Kampf mit dem Drachen» wirklich herumkommen? Und um wieviel wird die Fünfte Republik, die de Gaulle aufbauen will, besser, das heißt weniger faschistisch sein als die Ordnung, welche die Offiziersjunta erstrebt? Auch de Gaulle hat ja — um das mindeste zu sagen — kein inneres Verhältnis zur Demokratie, zumal seine romantischen Vorstellungen von einer Erneuerung der Größe und des Ruhmes Frankreichs allen militärisch-diktatorischen Unternehmungen Tür und Tor öffnen. Nur ein machtvoller Aufschwung der demokratisch-sozialistischen Kräfte könnte die unheilvolle Entwicklung aufhalten, die sich jetzt abzeichnet; aber bei der Gleichgültigkeit der Massen gegenüber den Notwendigkeiten eines entschlossenen Kampfes für eine wirkliche Erneuerung Frankreichs und bei ihrer Anfälligkeit für die gaullistische Propaganda und Demagogie ist das äußerst unwahrscheinlich, so sehr sich auch die klarsten Köpfe und tapfersten Herzen der Linken um eine Volksfront gegen Reaktion und Faschismus bemühen. Es kann einem leid tun um Frankreich; und doch halten wir durch alle Krisen hindurch das Vertrauen fest, daß auch das französische Volk eine Wiedergeburt erleben wird, so wie a l l e Nationen ihrer teilhaftig werden müssen.

Und Amerika! Nur ein rascher Blick sei heute noch auf Amerika geworfen, dessen innere Entwicklung ja für die Geschicke der ganzen Welt so überaus wichtig bleibt. Drei Tatsachen seien aus der Fülle der Erscheinungen besonders herausgehoben. Erstens: der offenbare Zerfall der Republikanischen Partei. Bei den meisten Wahlen der letzten Monate hat die Partei Eisenhowers, und zwar auf allen Stufen, schlecht abgeschnitten. Die Farmer, die Gewerkschaften, die Neger — sie alle wenden sich zusehends von ihr ab. Die Handlungsunfähigkeit der Regierung in den inneren Angelegenheiten und ihre Mißerfolge in der Außenpolitik bringen sie aber auch bei den übrigen Volksgruppen mehr und mehr um das Vertrauen, das ihr einst die Person Eisenhowers verschafft hatte. Die Eisenhower-Legende glaubt bald kein Amerikaner mehr, und um das Unglück voll zu machen, ist die «rechte Hand» des Präsidenten, Sherman Adams, in einen Korruptionsskandal verwickelt, der den Kredit der «Großen Alten Partei» vollends zu erschüttern droht.

Zweitens: Nachdem die Bundesregierung sogar durch den Einsatz von Militär den Entscheid des Obersten Gerichtshofes zugunsten der

Aufnahme von Negerkindern in öffentliche Schulen (Fall Little Rock) gestützt hatte, verfügt nun ein regionaler Bundesrichter, daß dieser Entscheid erst in zwei Jahren wirksam werden dürfe. Das heißt nichts anderes, als daß der Widerstand der südlichen Rassenfanatiker — hinter dem sehr solide Klasseninteressen stehen — zuletzt doch Erfolg gehabt hat und daß, wenn das Beispiel von Arkansas in anderen Staaten nachgeahmt wird — und das wird unfehlbar der Fall sein —, keine Macht der Erde die tatsächliche Gleichstellung der Schwarzen mit den Weißen durchsetzen kann. Der Rechtsgedanke hat so in den Vereinigten Staaten eine Niederlage erlitten, die auf absehbare Zeit überhaupt nicht mehr wettgemacht werden kann. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — schöne Ideale, gut als Exportartikel, aber keine Wirklichkeit in dem Reich, das sich zum Vorkämpfer der «freien Welt» gemacht hat . . .

Drittens: Der wirtschaftliche Rückschlag, der die Vereinigten Staaten getroffen hat, ist noch nicht überwunden, verstärkt sich sogar eher. Die Arbeitslosigkeit steigt an, die industrielle Produktion nimmt weiter ab, die Dividenden gehen herunter, die Kapitalanlagen werden zurückgehalten, die Massenkaufkraft sinkt. Und was das bedenklichste ist: die Wirkungen der amerikanischen Wirtschaftsstockung machen sich auch in der übrigen Welt bemerkbar, in den Rohstoffländern, die ihre Ausfuhr nach Amerika gehemmt sehen, wie in den industrialisierten Staaten, die ihrerseits den unterentwickelten Ländern ihre Erzeugnisse nur mehr in stark vermindertem Ausmaß liefern können. Stehen wir doch am Anfang einer neuen kapitalistischen Weltkrise?

Freiheitsoffensive? Im Lauf der vorausgehenden Überschau über die Weltlage sind wir verschiedentlich darauf gestoßen, daß der Gebrauch und Mißbrauch der Freiheitslosung als Propagandawaffe im Kalten Krieg der Westmächte gegen den Ostblock wieder einmal eine besondere Rolle spielt. Sie dient besonders, im Anschluß an die Budapester Hinrichtungen, dem erneut mit Heftigkeit verfolgten Streben nach Brechung der Herrschaft der Sowjetunion über die osteuropäischen Volksrepubliken, die dem westlichen Machtbereich zugeführt werden müßten. Sie wird sodann in zunehmendem Maße als Begründung für die Notwendigkeit der atomaren Aufrüstung der sonst angeblich wehrlosen Westvölker vorgeschoben («Lieber tot als rot»). Sie wird aber auch von solchen Leuten ausgegeben, die — wie zum Beispiel der englische politische Schriftsteller Sir Stephen King-Hall — die Sinnlosigkeit einer militärischen Bekämpfung des Kommunismus einsehen und vorschlagen, das Geld, das die Westmächte durch Verzicht auf die Atomwaffen ersparen könnten, für eine weltweite Freiheitspropaganda gegen die Oststaaten zu verwenden. Es erscheint darum angezeigt, die Aussichten eines solchen ideologischen Feldzuges doch etwas genauer nachzuprüfen, als es seine Befürworter gewöhnlich tun. Denn bei solch näherer Prüfung wird sich ergeben — um das gleich vorwegzunehmen —, daß die angeblich

freie Welt selbst das größte Hindernis für die Ausbreitung des Freiheitsgedankens in den kommunistisch regierten Ländern ist.

Für die sich christlich nennenden Abendländer sollte es von vornherein klar sein, daß wirkliche Freiheit nur auf dem Boden des Gottesglaubens möglich ist. Um mit Karl Barth zu reden: «Wo der *Geist des Herrn* ist, da (und nur da!) ist Freiheit. Es gibt auch andere Geister, menschliche und außermenschliche, auch übermenschliche, persönliche und unpersönlich-kollektive: Hausgeister, Volksgeister, Rassen- und Klassengeister, Vereinsgeister, Parteigeister, auch religiöse, auch Kirchengeister... Man kann aber von allen diesen Geistern nicht sagen, daß, wo sie sind, auch Freiheit ist. Sie müssen zwar nicht, sie können sich aber allesamt auch als böse, das heißt als solche Geister entpuppen und erweisen, die die Menschen, statt aus der Knechtschaft, der Angst, den Schneckenhäusern heraus, tiefer in sie hinein und also in die Unfreiheit treiben.»

Wer wollte leugnen, daß die Geister der Unfreiheit gerade über die «freie» Welt des Westens in den letzten Jahrhunderten und in unserer unmittelbaren Gegenwart eine besonders unheimliche Macht gewonnen haben und zu wahren Götzen geworden sind, denen sich die Menschen in Massen beugen — mit Lust beugen? Natürlich sind ihnen auch die Ostvölker weithin verfallen; Staat und Partei, Militär und Polizeimacht, materielles Wohlleben, Wissenschaft und Technik, zivilisatorischer und wirtschaftlicher Fortschritt — das sind namentlich in den kommunistischen Ländern fast allgemein anerkannte Götter, denen zu dienen offizielles Gebot geworden ist. Aber diese Länder ahmen damit ja nur das «christliche» Abendland nach, wobei sie freilich ehrlich genug sind, die westliche Religionsheuchelei zu verschmähen, dafür aber — so denke wenigstens ich — mehr *tätige* Christlichkeit zu üben als der Westen. Auf alle Fälle liegt es auf der Hand, daß, wie besonders auch Berdiajew so eindrücklich gezeigt hat, der moderne Mensch des Westens in den mannigfaltigsten Formen einer inneren wie äußeren Knechtschaft verfallen ist, die seinen Freiheitsanspruch und seine Freiheitsmission dem Osten einfach als verlogen und widerlich-abstoßend erscheinen läßt.

Daß der geistige und wirtschaftliche Materialismus ein Todfeind des freien Menschentums ist, gehört längst zu den Grunderkenntnissen des sozialen Christentums. «Wie wenig frei ist der moderne Mensch!», ruft schon 1913 Jean Matthieu in seinem Buch über «Das Christentum und die soziale Krise der Gegenwart» aus, um von vielen anderen Zeugnissen zu schweigen. «Neue Tyrannen sind gekommen (nach den nur politischen Gewaltherrschern), deren Joch vielleicht noch schwerer drückt als das der alten ‚Mächte', die einen weniger persönlichen Charakter tragen. Man versetze sich in den modernen Betrieb. Was für eine beständige Abhängigkeit ist ein modernes Leben! Wie verfügen die äußeren Mächte über den Menschen, so daß er das Gefühl hat, das bloße Rad eines ungeheuren Gehwerkes zu sein ... Technik, Handel, Industrie, die Lage des Marktes, die wirt-

schaftlichen Krisen, die ganze moderne Wirtschaft sind zu Mächten geworden, die über uns herrschen ... Das ganze moderne Leben trägt einen unfreien Charakter. Ein Fluch lastet heute auf dem Leben und beraubt es seiner Unmittelbarkeit und seines schöpferischen Wesens ... Im engsten Zusammenhang mit dem Mangel an Freiheit steht der traurige Mangel an Persönlichkeit. Freiheit gibt es nur da, wo eine starke Persönlichkeitsbildung stattfinden kann. Und heute scheinen sich alle Kräfte der Zeit gegen die Persönlichkeit verschworen zu haben.» Was für die Welt von 1958 noch viel mehr gilt als für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Man muß sich darum schon fragen, wo der Westen eigentlich die Freiheit hernehmen will, die er in den Osten exportieren will!

Demokratie als Fassade Der geistige und wirtschaftlich-soziale Materialismus, die ganze kapitalistische Zivilisation unserer Tage hat im besonderen auch die neuerrungene politische Volksfreiheit und die individuellen Menschenrechte mehr und mehr ihres besten Gehaltes beraubt. Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit, für die freilich die vielen, allzuvielen blind sind, die die westliche Demokratie immer noch nach ihrem Fassadenwert einschätzen. Hier in den «Neuen Wegen» ist jedenfalls auf die verheerende Wirkung, die die Herrschaft der Geldmächte auf die politische Demokratie ausübt, immer wieder so nachdrücklich hingewiesen worden, daß es in diesem Zusammenhang kaum mehr nötig ist, darauf zurückzukommen. Die bürgerlich-politische Demokratie, soweit sie unter uns noch besteht, ist geradezu ein Fetisch geworden, ein Götze, dessen Anbetung seine Priester von den Völkern gebieterisch verlangen, um sie von der Notwendigkeit abzulenken, die wirtschaftliche und soziale Demokratie zu erkämpfen, die erst der politischen Freiheit wieder Leben und Wahrheit zu geben vermag. «Wir haben», sagte einmal Abbé Pierre, der kein Götzenpriester ist, «wir haben die Freiheit nur theoretisch gerettet; wir laufen Gefahr, nur einen Leichnam gerettet zu haben. Die Menschen in den unterentwickelten Ländern wollen lieber mit den Kommunisten essen als mit unserer Freiheit Hungers sterben ... Was Amerika, was der Westen im allgemeinen bis jetzt tut, ist zerstörende Wohltätigkeit. Wirklich helfen heißt zu den Arabern und Indern gehen, mit ihnen wie ein armer Araber oder Inder leben: das vorgelebte Beispiel am Dienst des Menschen!»

So bemerkt denn auch Fenner Brockway, der britische Vorkämpfer der unfreien Völker im Machtbereich der «freien Welt», zu dem Vorschlag eines Freiheitsfeldzuges gegen den Kommunismus: «Die militärische Kriegführung gegen Sowjetrußland durch eine politische Kriegführung zu ersetzen, würde der Welt nicht den Frieden bringen. Es würde nur einen Gegenschlag herausfordern, würde die Feindseligkeit und Verbitterung verstärken und eine leidenschaftliche Konkurrenz um den Einfluß in den großen ‚nichtfestgelegten' Gebieten der

Welt entfesseln . . . Das heißt nicht, daß wir nicht immer unseren Glauben an persönliche Freiheit und politische Demokratie betonen sollten. Es heißt nicht, daß wir schweigen sollten, wenn die Freiheit unterdrückt wird, wie es in Ungarn der Fall war. Aber die wirksamste Art, dem Freiheitsgedanken zum Durchbruch zu verhelfen, besteht in seiner tätigen Anwendung und in dem beispielhaften Beweis, daß die Wohlfahrt und das Glück der Völker eher durch Demokratie als durch Totalitarismus zu erreichen ist. Im gegenwärtigen Augenblick würde Großbritannien mehr tun, um die Welt von der Überlegenheit unseres Systems zu überzeugen, wenn es Freiheit und Demokratie auf Cypern, Aden, Singapore, Kenya und Zentralafrika ausdehnte, als wenn es ungezählte Millionen für politische Propaganda ausgäbe.» («Peace News», 21. 3. 58.)

Der Titel «Freie Nationen», den sich die Westalliierten und ihre Mitläufer beilegen, ist so wirklich nicht mehr als ein Propagandaschlagwort, das auf denkfaule Leute berechnet ist. Wie Helen und Scott Nearing in ihrem Buch «USA today» feststellen: «Wenn eine Koalition, die Francos spanische Diktatur, die griechische Monarchie, die Oligarchien der Türkei und Pakistans sowie die kleinen und großen Despotien umfaßt, welche die Geschicke der meisten lateinamerikanischen und der orientalischen Staaten regieren, sich als ‚Die Freien Nationen' ausgibt, so ist das zum mindesten ein Mißbrauch der englischen Sprache, wie sie gesprochen und verstanden wird.» Besonders wenn man bedenkt, daß eine Hauptstütze dieser Koalition die Römische Kirche ist, deren Oberhaupt die Freiheiten, für die der Westbund angeblich kämpft, mehr als einmal feierlich als schwere Irrlehren verdammt hat!

«Die Vereinigten Staaten insbesondere, die die Führung der ‚freien' Nationen innehaben», so sagen die Verfasser des eben genannten Buches weiter, «sind aber noch in einem tieferen Sinn unfrei. Das Land ist der Gefangene gesellschaftlicher Kräfte, über die sie nicht einmal die elementarste Herrschaft haben. Um frei zu sein, muß ein Mensch oder ein Volk seine Entschlüsse ohne Hemmung, Einschränkung oder Zwang fassen und ausführen können. Die herrschende Schicht ist aber in diesem Sinne nicht frei; sie ist vielmehr der Spielball von Kräften, die sie herumjagen und sie zu überwältigen und zu zerstören drohen.» Als gefährlichste dieser Kräfte nennen die Scotts die expansive, also auf ständige Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches bedachte kapitalistische Wirtschaft, die ihre Anhänger in Abenteuer, Angriffsunternehmungen, Invasionen, Kriege, Eroberungen und koloniale Ausbeutung hineingetrieben habe. Die zweite Kraft sei die generationenalte Täuschung, daß ein Volk um so glücklicher sei, je mehr Reichtum es besitze. «So schweift die herrschende Schicht mit ihren Sendlingen und Agenten, ihren Enteignern und Henkern über die Erde hin auf der Suche nach dem Goldschatz am Ende des Regenbogens.» Die dritte Kraft schließlich sei das Streben, unser Jahrhundert zu einem amerikanischen Jahrhundert zu machen, in dem die Herren-

klasse der USA der Menschheit befehlen könne, was sie zu tun und lassen habe. «Diese drei Kräfte, kurz: die amerikanische Lebensform, treiben die herrschende Schicht vorwärts und jagen die amerikanischen Menschen über die Grenzen weg in Länder hinein, die von anderen Völkern besetzt sind. Wir glauben, dies sei die unmittelbarste und unheimlichste Drohung, der sich die Menschheit im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick gegenübersieht.»

Für eine Freiheitssendung, die den Vereinigten Staaten und der von ihnen geführten Mächtegruppe obliege, bleibt da freilich nicht mehr viel Raum. Nicht einmal im eigenen Land. «Kann denn», so fragt Professor Walter Millis im «New York Times Magazine» (2. Februar 1958), «ein militärisches Gemeinwesen, das sich vor allem um große Bomben und Ferngeschosse herum organisiert, noch ein freies Gemeinwesen bleiben — frei im Denken, im Glauben und im Meinungskampf, frei in der Macht des Stimmzettels oder im Streikrecht, frei in seinem Zugang zu den Kenntnissen, auf die sich seine politischen Leiter bei ihren Entscheiden stützen, und frei in der Anwendung seiner Intelligenz und seiner schöpferischen Kräfte zur Herbeiführung besserer Entscheide? Das ist offenbar unwahrscheinlich.»

Zu ganz ähnlichen Schlüssen kommen die amerikanischen Verfasser der Quäkerschrift «Sagt es den Mächtigen» (in deutscher Übersetzung im Sensenverlag Wien erschienen): «Seit 1945 hat ein ständiger Abbau jener Werte stattgefunden, die man früher als die wahre Grundlage der amerikanischen Demokratie ansah. Von der falschen Voraussetzung ausgehend, daß alles, was antikommunistisch ist, deshalb auch demokratisch sei, haben viele Amerikaner Maßnahmen unterstützt oder gebilligt, die für gewöhnlich als Hauptkennzeichen des Totalitarismus angesehen werden: das Bespitzeln von Mitbürgern, anonyme Anzeigen, Beschränkung der Bewegungs-, Rede- und Pressefreiheit, Verfolgungen nicht auf Grund von Handlungen, sondern um der Überzeugung willen, Umkehrung des traditionellen Grundsatzes, daß man als schuldlos angesehen wird, bis die Schuld erwiesen ist, die allmähliche Militarisierung unserer Seelen und unserer Gesellschaft ... Wie kann eine Nation, die in ein Wettrüsten von Atomwaffen verstrickt ist, die ruhige Beurteilung finden, die notwendig ist, um einen vernünftigen Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit herbeizuführen?» Nicht zuletzt, so heißt es in der trefflichen, mutigen Schrift, habe die Vorbereitung auf den Krieg zu einer planmäßigen Beeinflussung und Lenkung der Massenmeinung geführt, wie sie zuerst von totalitären Regierungen geübt, jetzt aber auch vom Westen übernommen worden sei, zu einer Propagandatechnik, die nach Belieben eine Massenhysterie zu erzeugen imstande sei und der gewaltige Geldmittel zur Verfügung stünden. «Der organisatorische, kulturelle und geistige Charakter einer Gesellschaft, die bereit ist, den modernen Krieg der Massenvernichtung zu führen, ist unvereinbar mit dem Charakter einer Gesellschaft, die demokratische und menschliche Werte verficht.»

Das ist eine Feststellung, die alle Freiheitspropaganda der anti-

kommunistischen und antisozialistischen Westmächte und ihrer «neutralen» Satelliten einfach als trauriges Lügengeschwätz abstempelt. Wie wollen es unsere Freiheitsschwätzer da anstellen, daß die Ostvölker die westmächtliche Zwecklüge als lautere, uninteressierte Wahrheit annehmen?

Schluß mit dem Kalten Krieg! Die einzige Wirkung, die der westmächtliche «Befreiungskreuzzug» bisher auf den Osten gehabt hat, ist in der Tat genau das Gegenteil des gewollten Ergebnisses gewesen und droht es weiter zu bleiben: Straffung und Verstärkung der Diktatur als eines Hauptwerkzeuges, um die nationale Einheit zu sichern und die Abwehr des äußeren Feindes zu organisieren. Wir mögen diese Art Reaktion beklagen, aber wie die Völker in Zeiten äußerer Gefahr nun einmal sind, müssen wir eben mit solcher Verhaltensweise wohl oder übel rechnen. Wie hat denn die Schweiz auf die Bedrohung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Sicherheit während des Zweiten Weltkrieges reagiert? Mit einer richtigen Zivil- und Militärdiktatur, die von der «ältesten Demokratie Europas» nur noch ein Zerrbild übrig gelassen hat. Und die Sowjetunion ist nicht nur ein paar Jahre lang in ihrem Leben bedroht gewesen, sondern ist es seit ihrer Geburt sozusagen ununterbrochen, also nun schon über vierzig Jahre lang. Interventionskriege nach 1917 — «friedliche» Unterwühlung durch die Westmächte und dann das Dritte Reich Hitlers — Einfall der deutschen Armee und entsetzliche Verwüstung Rußlands im Zweiten Weltkrieg — Einkreisung durch einen Ring gewaltiger Militär- und Bomberstützpunkte und Kalter Krieg der Westmächte seit etwa 1947: das ist die Geschichte der Beziehungen des Westens zum sowjetischen Osten, eine Geschichte, die sich mit all ihrem Entsetzen tief ins Bewußtsein der russischen Menschen eingegraben hat und sie die politische Diktatur immer wieder als eiserne Notwendigkeit im Dienste der nationalen Selbsterhaltung und der Rettung der Revolution — des ungeheuren sozialen Aufbauwerkes ihres neuen Staates — annehmen ließ.

Ich habe schon zu Beginn dieser Rundschau darauf hingewiesen, daß die neue Versteifung der Politik des Kreml mindestens zum Teil auf die konsequente Weigerung der Westmächte, den Kalten Krieg und die Rüstung zu einem abermaligen heißen Krieg abzubauen, zurückzuführen ist. Es ist zwar dumm und falsch, wenn man in Moskau glaubt, Jugoslawien und Ungarn durch eine Politik der Einschüchterung nicht linientreuer Kräfte bei der Stange halten zu können; aber die Westmächte, die jede Opposition innerhalb der östlichen Volksrepubliken begünstigen und offen auf die innere Zersetzung der Sowjetunion spekulieren, haben die Sowjets selber auf diesen Weg getrieben. Wenn sich Jugoslawien dank seiner geographischen Lage eine gewisse Sonderstellung gegenüber der Sowjetunion leisten kann — Polen kann das nicht, eingezwängt zwischen ein unberechenbares, auf die Wiederherstellung seiner alten Ostgrenzen bedachtes Deutschland

und ein zu neuer Abwehr des deutschen «Dranges nach Osten» entschlossenes Rußland, wie es ist. Will es nicht Gefahr laufen, zwischen Stuhl und Bank zu fallen, so m u ß es mit der Sowjetunion gemeinsame Sache machen, zumal die Bonner Republik jetzt Amerika hinter sich hat, das sie mit Atomwaffen auszustatten begonnen hat — gegen wen wohl?

Ähnliches gilt für die Tschechoslowakei, die sich vor zwölf Jahren nicht zuletzt aus Furcht vor einem wiedererwachenden deutschen Nationalismus und Militarismus der Sowjetunion zugewandt hat und an ihr die einzige zuverlässige Stütze hätte, wenn Deutschland einmal das Sudetenland zurückfordern sollte, das es sich unter Hitler einverleibt hatte. Und was Ostdeutschland betrifft, so liegt es auf der Hand, daß seine Wiedervereinigung mit Westdeutschland ein schöner Traum bleibt, solange die Bundeswehr mit ihren Atomgeschützen und -raketen nur ein Bestandteil der westmächtlichen Militärorganisation ist. Außenminister Gromyko hatte allen Grund, im vergangenen Frühjahr (am 31. März, in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet) die Bonner Verantwortlichen zu erinnern: «Vor einem Jahr hat die Sowjetregierung die Regierung der Bundesrepublik deutlich gewarnt, daß die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Verwandlung Westdeutschlands in den Herd eines Atomkrieges in Europa der Sache der Wiedervereinigung des deutschen Volkes einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzen würde. Die Verwirklichung der Pläne für die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik bedeutet unter den gegenwärtigen Umständen, daß ihre Regierung die Wiedervereinigung Deutschlands bewußt unmöglich macht. Und nach alledem beeilen sich Bundeskanzler Adenauer und diejenigen, die seine Politik mitmachen, dennoch, die Brücke zur Annäherung und zur Verhandlung zwischen den beiden deutschen Staaten abzubrechen und damit den einzigen Weg zur Verwirklichung der deutschen Einheit zu verbauen.»

In der Tat: Wenn es den Regierungen Westdeutschlands und der Atlantikstaaten wirklich darum zu tun wäre, «die 18 Millionen Ostdeutschen zu befreien», dann müßten sie alles unterlassen, was die Russen zwingen könnte, in Ostdeutschland stehen zu bleiben. Das Regime Ulbricht ist ja bei der großen Mehrheit der Bevölkerung der DDR gründlich verhaßt; es kann sich nur dank der sowjetischen Besatzung am Ruder halten, das heißt dank der russischen Furcht, ein Abzug der Sowjetarmee würde auch Ostdeutschland ins Lager der Westmächte führen und die deutsche Wehrmacht mit ihren amerikanischen Atomwaffen, wenn nicht die Amerikaner selbst, an die Oder-Neiße-Grenze heranbringen. Daß die Westmächte, eingeschlossen die Deutsche Bundesrepublik, alles tun, um die Russen in ihrer Furcht vor einem neuen, dritten Kriegszug nach Osten noch zu bestärken und die Rote Armee in Ostdeutschland und Polen festzuhalten, zeigt gleichfalls — wie all die anderen Tatsachen, die wir angeführt haben —, daß ihre Freiheitslosung gar nicht ehrlich gemeint ist. Sie dient ihnen nur als Waffe im Kalten Krieg gegen die kommunistische Welt des

Ostens, als vermeintlich bestes Mittel, um durch Erregung von Abscheu vor den Methoden der sozialen Revolution der unterentwickelten Völker und Klassen diese selbst an der weiteren Ausbreitung zu verhindern und dort, wo sie sich bereits durchgesetzt hat, sie womöglich wieder zum Zusammenbruch zu bringen. Wobei die alte, bürgerlich-kapitalistische Welt des Westens selber daran schuld ist, daß diese Revolution in gewalttätigen Formen nötig geworden ist und sich mit Gewaltmitteln — im Innern wie nach außen — verteidigen zu müssen glaubt.

Die Wahl, vor die das westliche Lager gestellt ist, ist damit — wir sagen es ein neues Mal — eindeutig klar: Entweder die Freiheitslüge aufgeben und der Notwendigkeit der sozialen Revolution ins Gesicht sehen, oder in der Lüge beharren, den Kalten Krieg weiterführen und dem Atomkrieg entgegenzugehen, auf den sich der Westen als auf eine unausweichliche Schicksalsfügung auch tatsächlich mit düsterer Entschlossenheit vorbereitet. Unsere Aufgabe aber ist es, den Bann dieses Schicksalsaberglaubens brechen zu helfen — im festen Glauben an die einzige, die wirkliche Macht, die unser aller Leben regiert, wenn wir ihren Geboten gehorchen.

11. Juli. *Hugo Kramer*

Bericht über die Tätigkeit der Auskunftstelle für Flüchtlinge im Jahre 1957

Zürich 57, Oerlikonerstraße 95, Postscheck VIII 15866

Das Jahr 1957 hat unserer Auskunftstelle für Flüchtlinge ein reiches Arbeitspensum zur Erledigung gebracht, das sie bestmöglich zu erfüllen suchte. Von 45 Flüchtlingen, die wir Ende 1956 zu betreuen hatten, ist die Zahl der von uns betreuten bis Ende 1957 auf genau 300 angewachsen, von denen wir 20 voll unterstützen mußten. Obwohl die Anzahl der in unserer Fürsorge stehenden Flüchtlinge eher noch im Steigen begriffen ist, dürfen wir doch annehmen – neue politische Zwischenfälle nicht eingerechnet –, daß sich ihre Zahl nicht mehr wesentlich vermehren wird. Wir sind für diese Aussicht dankbar, weil eine noch größere Betreuungszahl ohne weiteres nach einer Vermehrung der Betreuer rufen würde, welche aber schwer zu finden wären. Die ungarischen Flüchtlinge, welche das Wachsen der Betreutenzahl veranlaßten, geben uns ungleich mehr Arbeit, als dies seinerzeit die deutschen und österreichischen Flüchtlinge getan haben. Dies hängt mit der anderen Art dieser Flüchtlinge und ihrem sozialen Herkommen zusammen. Erschwerend fallen auch die sprachlichen Schwierigkeiten in die Waage. Anderseits muß man aber doch auch darauf hinweisen, daß viele dieser Ungarn achtenswerte und arbeitsame Menschen sind, welchen es eine wirkliche Ehrensache ist, auch unter sehr schweren Umständen sich und die Ihrigen durch oft harte und ungewohnte Arbeit ohne Unterstützung durch die Zeit zu bringen. Wir haben für unsere Ungarn durch